PRESSEINFORMATION



Junge Bürgermeister*innen fordern Neustart: Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat

Staatsmodernisierung hat kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Berlin, 1. September 2026. Deutschland braucht einen Neustart. Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen fordert Bund und Länder auf, den für den Herbst geplanten Zukunftspakt zu nutzen, um die strukturellen Voraussetzungen staatlicher Handlungsfähigkeit grundlegend neu zu ordnen.

„Junge Bürgermeister*innen verlieren nicht ihre Motivation. Sie verlieren ihre Handlungsspielräume", sagt Michael Salomo, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim und Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen. *„Wir verwalten einen Staat, der sich zunehmend selbst im Weg steht: Förderprogramme statt Vertrauen, Nachweise statt Wirkung, Zuständigkeitsdebatten statt Geschwindigkeit. Deutschland braucht einen Staat, der wieder ins Handeln kommt."*

Das ist die zentrale Botschaft des neuen Positionspapiers „Deutschland braucht einen Neustart – Warum kommunale Handlungsfähigkeit über die Zukunft unseres Staates entscheidet". Dieses wurde auf Grundlage des vierten kommunalen Stimmungsbarometers des Netzwerks entwickelt. Im August 2026 beteiligten sich daran 244 junge Bürgermeister*innen aus ganz Deutschland.

Der Vorstand des Netzwerks hat das Positionspapier heute, am 1. September, beschlossen. Die Veröffentlichung erfolgt bewusst einen Tag nach der Kick-off Veranstaltung der Plattform #Staatsmodernisierung an der Hertie School in Berlin und unmittelbar vor den im Herbst geplanten Beratungen der Bundesregierung über einen Zukunftspakt.

Staatsmodernisierung muss bei den Kommunen ankommen

Aus Sicht des NJB geht es bei Staatsmodernisierung um mehr als Digitalisierung, Bürokratieabbau oder zusätzliche Finanzmittel. Entscheidend ist die grundsätzliche Frage: Wie muss ein Staat organisiert sein, der seine Aufgaben auch unter veränderten finanziellen, demografischen und gesellschaftlichen Bedingungen erfüllen kann?

Die Kommunen sind dabei der entscheidende Ort: Hier wird staatliches Handeln konkret. Gleichzeitig wächst die Lücke zwischen Verantwortung und Handlungsspielraum: Nur 18 Prozent der Bürgermeister*innen halten ihre Kommune für finanziell handlungsfähig, 68 Prozent arbeiten mit einem defizitären Haushalt.

Doch nicht nur die Finanzlage begrenzt kommunales Handeln. 72,4 Prozent der Befragten nennen Förderprogramme und Fördermittelverfahren als wesentlichen Treiber unnötigen Verwaltungsaufwands. 64,2 Prozent nennen Berichtspflichten, Dokumentations- und Nachweispflichten, 58,8 Prozent Planungs- und Genehmigungsverfahren.

PRESSEINFORMATION

„Wenn wir im Herbst über einen Zukunftspakt sprechen, darf es deshalb nicht nur um zusätzliches Geld gehen", fordert Dominik Brasch, Erster stellvertretender Bundesvorsitzender des NJB und Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster. *„Kommunen brauchen mehr Vertrauen, mehr eigene Entscheidungsspielräume und weniger Verfahren, die Zeit und Personal binden, ohne bessere Ergebnisse zu schaffen."*

Sechs Forderungen für einen neuen Zukunftspakt

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen schlägt deshalb sechs zentrale Schritte vor:

1. **Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen** – Aufgaben, Finanzierung und Verantwortung verbindlich neu ordnen.
2. **Mehr freie Mittel, weniger Förderprogramme** – verlässliche finanzielle Spielräume statt kleinteiliger Förderlogiken.
3. **Kommunalcheck für neue Gesetze und Regelungen** – Vorgaben systematisch auf ihre kommunale Umsetzbarkeit prüfen.
4. **Gemeinsame Verwaltungsstandards** – zentrale Verwaltungsprozesse vereinheitlichen, statt Insellösungen zu schaffen.
5. **Mehr Experimentierfreiheit** – Kommunen müssen neue Lösungen vor Ort erproben können - ohne neue bürokratische Fesseln.
6. **Wirkung statt Verfahren** – staatliches Handeln stärker daran messen, was tatsächlich erreicht wird und nicht, ob Regeln befolgt wurden.

*„**Wir müssen aufhören, jede Herausforderung mit neuen Förderprogrammen und neuen Regeln beantworten zu wollen**"*, sagt Maren Busch, stellvertretende Bundesvorsitzende des Netzwerks und Verbandsgemeindebürgermeisterin in Diez. *„Unsere Generation, die heute Verantwortung in den Rathäusern trägt, wird mit den Folgen des Zukunftspakts noch jahrzehntelang leben. Ein handlungsfähiger Staat, der auch morgen noch funktioniert, ist eine Generationenaufgabe. Wir jungen Bürgermeister*innen sind bereit, daran mitzuarbeiten"*

Das kommunale Stimmungsbarometer liefert dafür ein deutliches Signal: Die Bürgermeister*innen bleiben trotz der schwierigen Rahmenbedingungen engagiert. 76 Prozent bezeichnen das Bürgermeisteramt weiterhin als ihren Traumjob.

Die Botschaft des NJB an Bund und Länder ist deshalb klar: Wer einen handlungsfähigen Staat will, muss seine Kommunen stärken.

Das vollständige Positionspapier sowie die ausführliche Auswertung des vierten kommunalen Stimmungsbarometers stehen ab heute unter www.junge-buergermeisterinnen.de zur Verfügung.

NETZWERK JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND e.V.
www.junge-buergermeisterinnen.de
Bundesvorsitzender: Michael Salomo | 1. Stv. Bundesvorsitzender Dominik Brasch

PRESSEINFORMATION

Ansprechpartner für die Presse:

Henning Reichardt-Witzel, Geschäftsführer
Netzwerk Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Tel.: 0151 1802 44 55
netzwerk@junge-buergermeisterInnen.de
www.junge-buergermeisterInnen.de